

Bezugpreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., wovon monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befehlsgeld.

Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Für die Redaktion verantwortlich

J. S.: Otto Fendel in Halle.

Druckverbindung mit Berlin und Leipzig.

Königsplatz-Str. 176.

Saale-Beitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Dreimonatsanzahl 75 Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, wenn unter Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Reflektoren die Zeile 60 Pfg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.

(Der Nachdruck anderer Artikel ist nur mit voller Quellenangabe gestattet.)

Nr. 266.

Halle a. d. Saale, Dienstag den 12. November 1889.

Morgen-Blatt.

Die freisinnigen Initiativanträge.

Dieser Herr Bismarck selbst einmal erklärt hat, wie erwünscht für die Staatsregierung jede Anregung aus der Mitte des Landes sei, hat sich allmählig die ible Gewohnheit bei den Herren Bundesratsmitgliedern eingebürgert, den Initiativanträgen gewöhnlichen Sitzungen fern zu bleiben. Auch am Montag hatten sich am Bundesratsstische nur zwei Vertreter kleinerer Staaten eingefunden und dem bösen Beispiele waren die Herren Abgeordneten gefolgt. Bei Beginn der Sitzung gab es eine vierstündige Debatte zur Ausföhrung, man mußte die Beratung vertagt werden, da nur 108 Mitglieder im Saale eingetroffen waren. Und doch handelte es sich um recht wichtige Fragen.

Der erste Antrag Wiertz und Genossen bezüglich der Ausschließung verabschiedeter Offiziere von der Militärgerechtsbarkeit wurde nach kurzer Rede und Gegenrede angenommen. Schon 1887 hat der frühere Kriegsminister Bronsart von Schellendorff sich im Sinne dieses Antrages ausgesprochen; der jetzige Minister Verdy du Vernois war beinahe ebenso nicht erschienen, um seine Ansicht zur Sache klar zu stellen, doch ist wohl anzunehmen, daß er gleich seinem Vorgänger in der Unterfertigung der verabschiedeten Offiziere unter die Militärgerechtsbarkeit nur eine Belastung seiner Verwaltung erblickt.

Wichtigere Interessen berührt der zweite Antrag, der die gänzlich veraltete Militärorganisation gemäß den Formen des orientalischen Strafbrechens abgeändert und die Zersplitterung der Militärgerechtsamkeiten auf Dienstvergehen beschränkt sehen will. Wichtig fahre hindurch, seit den Tagen nach dem Senner Zusammenbruch ist diese Umwandlung geplant worden; sie ist der eigenen Initiative König Friedrich Wilhelm des Dritten entsprungen, die Minister Stein, Graf von Epppe, Noon und Kamete haben sie nacheinander befürwortet und ihre Verwirklichung in nahe Aussicht gestellt, bis plötzlich im Jahre 1888 Herr v. Bronsart erklärte, die auf dem Gebiete der Militärreform stehende entzündende Bewegung lasse eine Umwandlung nach dem Vorbilde jener nicht unwahrscheinlich erscheinen. So ist sie heute ein Zustand erhalten geblieben, der 1808 schon mit Zug und Nicht als unerträglich galt.

Auch heute ist nur eine Stimme über diesen Punkt zu vernahmen, und selbst die „Nordd. Allg. Ztg.“ giebt den Militärvorstoß der Freisinnigen keine Hilfe. Es erwartet, wie sich anderer Meinung, wir glauben, daß jede Partei sich ein Verbot erteilt, nicht die Aufmerksamkeit der Regierung unermüßlich immer wieder auf diese Stellen im Staatsleben und besonders in der öffentlichen Rechtspflege hinweist. Und ein solcher sanfter Fleck liegt hier vor. Die allgemeine Wehrpflicht legt dem Volke von der harten Notwendigkeit geborene, aber unendlich schwere Pflichten auf; sie zwingt den wehrfähigen Mann jeder seiner besten Jahre seinem Berufe zu entsagen und sich zu rüsten für den ersten Fall der Kriegesgefahr. Eine so drückende Pflicht giebt sicherlich auch das Recht auf gewisse Bestimmungen, die mit dem Rechtsbewußtsein unserer Kulturperiode nicht in so schreiendem Gegenfalle stehen wie die Militärraupföhrungsorganisation. Mit gerechtem Stolz weisen wir stets darauf hin, daß unser Heer ein Volk in Waffen ist; nicht der mindeste Grund scheint und daher auch vorzuliegen, in Friedenszeiten einen Unterstoß zu machen zwischen denen, die augenblicklich des Königs Kof tragen, und jenen anderen, die ihn bereits abgelegt oder noch anzuhaben werden. Volle Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz — diesen obersten Rechtsgrundsatz der Liberalismus haben wir gegenüber der Raupföhrungsorganisation vertreten und wir vertreten ihn auch hier wiederum: im Kriege walte das Kriegesrecht; im Frieden richte über alle nicht den Dienst betreffenden Vergehen der ordentliche Richter.

Der Deutsche Reichstag hat in seiner Mehrheit nur den ersten Teil des Antrages angenommen; für den Antrag, die Zuständigkeit der Militärgerechtsamkeiten auf Dienstvergehen der Militärpersonen zu beschränken, hat nur ein Teil der National Liberalen mit den Freisinnigen, dem Centrum und den Sozialdemokraten gestimmt. Und da kein Regierungsvertreter in die Debatte einzutritt, scheint es, daß wieder einmal alles beim Alten bleiben soll. Wenn ein Reformplan erst über achtzig Jahre alt geworden ist, wird er wohl auch noch älter, denken unsere Militärrichter und sie vertrauen der strengen Disziplin im preussischen Heere, die keine gravierenden Fälle aufkommen läßt.

Auch der letzte der drei Anträge, dessen Beratung nicht mehr zu Ende geführt wurde, hatte das Schicksal eines in die letzte Luft verwehtenen Dromedars. Bekanntlich geht der Deutsche Reichstag aus allgemeinen und direkten Wahlen mit gemeinsamer Abstimmung hervor; aber jede neue Wahl bringt auch, wie einzig die jeweiligen in der Wahl befähigten Parteien beabsichtigt sind, die Geheimhaltung der Stimmabgabe äußerlich zu machen und die abhängigen Wähler zu terrorisieren. Beamte, Grundbesitzer, Grundbesitzer und andere einflußreiche Leute glauben sich um die Krone und um die jeweilige Regierung ganz besonders verdient zu machen, wenn sie ihre Untergebenen oder doch wirtschaftlich von ihnen abhängige Wähler in ihrem heiligen Bürgerrechte mit allen erlaubten und einigen unerlaubten Mitteln beeinflussen. Auf diesem gar nicht mehr ungewöhnlichen Wege — liegen doch diesmal 119 Fälle von Wahlvergehen der etwas schwerfälligen Prüfungskommission vor — entstehen wohl „gute“, aber auch unehrliche Wahlen, und damit ist am allerwenigsten der Krone gebietet, die aus dem Wahlergebnisse die wirkliche Stimmung im Lande zu erforschen befreit ist. Es ist nun nicht zu leugnen, daß gewisse Neuerungen von hoher und höchster Stelle aus jüngster Zeit

schon an und für sich die bevorstehenden Wahlen föhrt zu einem Nebesiegt zu machen geeignet sind; umso mehr aber sollte man sich nach wachsamem Auge darauf haben, daß nicht etwa untergeordnete Regierungsorgane in übertriebenem Eifer sich bemühen zeigen, nun ihrerseits noch „königs-treuer“ zu sein als der König selbst. Nicht laut und deutlich genug kann der Grundlag absoluter Wahlfreiheit proklamirt werden, und gerade die Mehrheitsparteien, die sich ohnehin schon auf die Anerkennung von „den Verufen können, gerade sie sollten geradermaßen einen Antrag unterbreiten, der darauf hinwirkt, daß in Zukunft alle Behörden die gesetzlichen Vorschriften in Bezug auf die Wahlen strengstens befolgen.

Dabei ist es völlig nebensächlich für uns, ob die von den Herren Richter und Einger so richtig beigebrachten Fälle von Wahlbeeinträchtigung immer der historischen Wahrheit entsprechen; wir glauben mit dem Abgeordneten Träger, daß die Neutralität der Regierung und ihrer Beamten, sowie alle einflußmächtigen Leute bei den Wahlen strengste Pflicht ist, und wir hoffen, es wird sich im Deutschen Reichstage bald noch bessere Gelegenheiten finden, die unwürdige Nichtneutralität zu geisteln, die in dem Widerspruch sozialer oder wirtschaftlicher Macht zu terroristischer Vereitelung fremder Ueberzeugungen liegt.

Politische Ueberblick.

Kaiser Franz Josef von Oesterreich stattete am Montag in Pest dem erkrankten Grafen Julius Andrássy einen anderthalbstündigen Besuch ab. Graf Andrássy hatte im Laufe des Montags zweimal Audienz beim Kaiser; die Nachricht, daß er den Kaiser nach Innsbruck begleiten werde, wird als unbestätigt bezeichnet. Der Kaiser selbst reist nach Wien am Dienstag abend. Nach kurzen Aufenthalten dabei wird er sich nach Innsbruck begeben, wo er am Donnerstag mit dem deutschen Kaiser zusammentritt. Am Freitag kehrt dann Kaiser Franz Josef nach Godesoll zurück.

In ungarischer Abgeordnetensammlung legte am Montag der Handelsminister einen Gelegenheitsvortrag betreffs des mit Schweden und Norwegen abgeschlossenen Vertrages zum Schutze von Jodir- und Waaerenmarkt. Der Bericht des Finanzausschusses über das ungarische Staatsbudget für 1890 hebt hervor, daß das Defizit infolge der vom Ausschusse vorgeschlagenen Reduktionen 433,901 fl. betrage und daß die Bedeckung derselben keine besondere legislativische Aufgabe bilde.

Die gestern von uns mitgetheilten Anklagen Lord Salisbury's beim Vordränger-Parlament über die auswärtigen Angelegenheiten sind von den londoner Morgenblättern vornehmlich sehr beifällig aufgenommen worden.

Die „Times“ meint, die Umfassung des status quo im Mittelmeere durch den Turz Sultan's als „Schnack“ würde die vitalen Interessen Englands schädigen. So lange England die Macht dazu behalte, werde es dies sicher niemals gestatten. Darüber hinausgehende sei unnützig. Glücklicherweise föhne eine solche Eventualität nur entstehen aus einer internationalen Kollision, deren Unwahrscheinlichkeit zuzunehmen scheint.

In Paris fand am Montag eine Versammlung der republikanischen Abgeordneten statt, an welcher gegen 350 Abgeordnete theilnahmen. Bei der hierbei stattgefundenen Vorwahl für das Präsidium der Kammer wurden für Floquet 174, für Brisson 64 und für Perier 6 Stimmen abgegeben. Demgemäß wurde Floquet zum Kandidaten für das Kammerpräsidium proklamirt. — Das „Journal officiel“ veröffentlicht die Ernennung Barbey's zum Marineminister; das Ministerium wird demzufolge am Dienstag vollständig vor der Kammer erscheinen. — In Paris sind Nachrichten eingegangen, denen zufolge Wotzinger die Anklage verfallen hat; was es heißt, hätte sich bereits nach London begeben. Von anderer Seite berichtet man hingegen, eine französische Kofitille trete an der französischen Küste, um Douanier abzufangen. Bei den jüngsten Verhandlungen der Deulungisten in Versey soll übrigens die größte Uneinigkeit zutage getreten sein. Man sei zu keinem feinen Entschlusse darüber gekommen, welche Haltung die boulangistischen Deputirten einnehmen sollten, ob agitatorisch-obstruktiv, oder, wie Maquet sagte, „artig-republikanisch“. Auffallend ist Laguerres Haltung gewesen, der bei den Verhandlungen sein Wort gesprochen habe.

König Milan von Serbien traf am Sonntag abend in Belgard ein und wurde auf dem Bahnhofe von König Alexander und dem Ministern empfangen. Der König Alexander eilte auf seinen Vater und beide küßten sich herzlich. Am föhnligen Empfangsfest hielten jedoch König Alexander und König Milan Cerale ab, wobei letzterer besonders der türkischen Gesandten Ja Ve auszeichnete. König Milan stieg im Palaste ab und hatte nach nachts eine Besprechung mit Nikitsch und Grulich. Fortgesetzt wird besprochen, die Ankunft Milans geht einer definitiven Regelung der Verhältnisse mit der Königin, nachdem beiderseitig das Bedürfnis hierzu hervorgerufen.

Der König von Rumänien genehmigte, laut Nachrichten aus Bukarest, die Auflösung der Kammer und die gleichzeitige Umbildung des Kabinet's im liberal-conservativen Sinne.

Bei der am Sonntag in Genf stattgefundenen Staatsratswahl unterlagen die Radikalen, deren Führer Savard nicht wiedergewählt wurde. Es wurden 5 Konervative und 2 Radikale gewählt.

Ueber die am Montag in Italien stattgefundenen administrativen Wahlen berichtet man aus Rom:

Am ganzen haben sich hier 16,889 Wähler betheiligt. In den Provinzialräthen ist die gemeinsame Liste des liberalen Central-Comites und der liberalen monarchischen Vereinigung gewählt worden; in betreff der nicht gemeinsamen Kandidaten haben die der Liste des liberalen Central-Comites einen starken Vorzug. Nach den bisher eingelaufenen Nachrichten sind die administrativen Wahlen in Palermo, Bologna, Modena, Mailand, Livorno, Turin, Florenz, Verona, Venedig, Messina, Genua vollständig ruhig verlaufen.

In Rom fand am Montag eine anarchoistische Kundgebung statt, über welche uns folgende Mittheilung zugeht:

Am Laufe des Nachmittags legten 40 Anarchisten auf dem Friedhofe an der Via Salaria ihres Größten Hilt Kränze nieder. Wegen einer dabei gehaltenen unpolitischen Rede ertheilte die Polizei von einem der Kränze das rote, eine Hilt verberchtliche Zuschrift trage den Band. Da die Demonstration hergegen überhand nehmen, so wurden nach erhaltener gerichtlicher Aufforderung zur Entfernung 17 Verhaftungen vorgenommen.

Zwischen dem Vatikan und Pufkland ist in betreff der Uebertragung von vier vakanten bischöflichen Stühlen in Aussicht eine Einigung erzielt. Die Vereinbarung befristet sich jedoch lediglich auf diese vier Bischofe. — Der am Montag morgen von Papste celebrirten Messe wohnten alle in Rom anwesenden Päpste und zahlreiche andere Fremde bei. Der Papst segnete nicht einzelnen Päpste.

Zu den jüngsten Vorgängen in Abyssinien meldet man aus Addis ababa, der Präsident Ras Mengescha habe in einem Schreiben seine Bereitwilligkeit erklärt, sich Weneit vollständig zu unterwerfen. — Sonntag liegen noch Meldungen vor, in denen die Zerkürung Gondars durch die Derwische bestätigt wird. Man glaubt in Rom daraus auf die erste Abfert der letzteren schließen zu müssen, einen neuen Kampf gegen Abyssinien aufzunehmen und Weneit in die Ebene zu locken.

In Bezug auf die Ankunft Emin Pascha's und Stanley's im deutschen Schutzgebiete wird man innerhalb der nächsten vierzehn Tage wohl Genaueres zu hören bekommen. Nach den letzten Meldungen Wissmanns fanden die beiden Reisenden etwa 30 Tagelänger von Mpwapwa aufwärts, so daß sie sich mittlerweile diesem Orte bereits erheblich genähert haben dürften. Deutscherseits wird nichts verheimlicht, was den Bedrängten zur Hilfe gerufen kann. Lebensmittell und sonstige Vorräthe sind bereits von Mpwapwa aus den Heranziehenden entgegengebracht; im letzteren Ort selbst liegt jetzt auch eine deutsche Garnison, überhaupt ist in Ansehung der Hilfsmittel, welche Mpwapwa bietet, wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß Emin und Stanley ihren March direkt nach dort richten und dann geraden Weges sich der Stadt zuwenden werden, statt erst auf dem Umwege über Norden durch englische Schutzgebiete zu marschieren. Der Vertreter des Nubor-Herads in Sanjibar, welcher den beiden Reisenden entgegengeht, ist übrigens mit den unzulänglichen Krediten ausgerüstet worden, welche ihn in den Stand setzen, seinen berüchtigten Landsmann Stanley mit allen erforderlichen Erleichterungen zu umgeben, welche bei unbedingten Geldmitteln nur immer zu beschaffen sind. Auf deutscher Seite findet er dabei möglichen Unterstützung; u. a. erlaube ihm Wissmann, mit seiner Expedition landwärts zu gehen, und verbrachte ihm ein beiderseitiges Schutzgebiet, wenn er die deutsche Hilfe annehmen wolle. Die deutsche Regierung beauftragte Wissmann, dem Korrespondenten diesen Befehl zu geschreiben. Die Straße Saadani-Mpwapwa ist jetzt übrigens offen.

kleinere telegraphische Mittheilungen.

Wien, 11. Nov. Das „Vaterland“ bezeichnet die Nachricht von der Verlebung des biederigen Rantius als eine müßige Gründung.

Deutsches Reich.

Berlin, 11. Nov. Die Ankunft des Kaisers in Monza wird Dienstag abend 11 Uhr erwartet. Am Mittwoch soll eine Jagd im Park von Monza und hiesiger Familienfeste stattfinden. Die Abreise des Kaisers nach Verona, wofür der Kaiser mit Herzog Mai, der Kaiserin wieder zummentreff, ist auf Mittwoch abend festgelegt. Guten Vernehmen nach wird die Zusammenkunft des Kaisers Franz Josef mit Kaiser Wilhelm am 14. Unterföhrung; u. a. erlaube ihm Wissmann, mit seiner Expedition landwärts zu gehen, und verbrachte ihm ein beiderseitiges Schutzgebiet, wenn er die deutsche Hilfe annehmen wolle. Die deutsche Regierung beauftragte Wissmann, dem Korrespondenten diesen Befehl zu geschreiben. Die Straße Saadani-Mpwapwa ist jetzt übrigens offen.

Berlin, 11. Nov. Die Subjekt-Kommission des Reichstages trat heute in die Beratung des Etats der Verwaltung der Eisenbahnen, des Abg. Müllers. Der Ueberblick besitzet sich auf 20 Mill. M., 800,000 M. mehr als

